

Stadtverordnete Carsten E. P. Eichmüller, Werner Jumpertz, Dr. Ralf Kromholz und René Kretschmar

Stadt Brandenburg an der Havel

Stadtverordnetenversammlung

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit

Herrn Vorsitzenden

Tobias Dietrich

Stadtverwaltung

Herrn Oberbürgermeister

Steffen Scheller

Altstädtischer Markt 10

14770 Brandenburg an der Havel

Brandenburg an der Havel, 9. Dezember 2020

Einberufung einer Ausschusssitzung mit dem Schwerpunkt Regionalleitstelle am 12.01.2021

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

verunsichert durch die Presseveröffentlichungen zur Regionalleitstelle und die offenbar beabsichtigte Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Regionalleitstelle für den Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst (vgl. Beschlussvorlage 103/2008) durch den Landkreisen Teltow-Fläming sehen wir die Notwendigkeit, die geplante Sitzung des Ausschusses für kommunale Beteiligungen am 12. Januar 2021 mit dem Schwerpunkt „Situation der Regionalleitstelle und einseitige Kündigung mit Wirkung zum 31.12.2022 durch den Landkreis Teltow-Fläming“ durchzuführen. Wir möchten hiermit die Einberufung einer solchen Sitzung mit diesem Tagesordnungspunkt vor den üblichen Beratungspunkten unter Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des zuständigen Beigeordneten der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß §§ 44 Abs. 3 i.V.m. 35 Abs. 2, 29 Abs. 2 S. 1 BbgKVerf beantragen sowie die Einladung eines Vertreters/ einer Vertreterin des Landkreises Teltow-Fläming erbitten.

Die derzeit vorliegenden Informationen sind nicht geeignet, das offenbar zwischen den Landkreis Teltow-Fläming und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehende Problem als Kommunalvertreter zu beurteilen. Aus diesem Grund ist eine Sitzung des Ausschusses und eine Darstellung der beiden Seiten des Konfliktes notwendig und dringend geboten. Nicht nur vor dem Hintergrund der oberzentralen Funktion der Stadt Brandenburg an der Havel, sondern auch vor dem Hintergrund der mit der Kündigung des Vertrages möglicherweise entstehenden Haushaltsrisiken, ist der Ausschuss über diese wesentliche Gemeindeangelegenheit umfassend zu unterrichten, was hiermit beantragt wird. Die einseitige Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Regionalleitstelle für den Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst (vgl. Beschlussvorlage

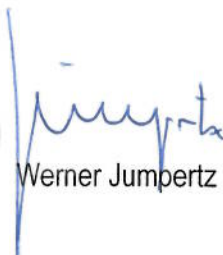
103/2008) mit Wirkung zum 31.12.2022 hätte erhebliche Nachteile für den Standort Brandenburg an der Havel.

Die Regionalleitstelle Brandenburg an der Havel ist als eine der fünf Regionalleitstellen des Landes Brandenburg für die Bearbeitung von Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzinsätzen zuständig. Zum Zuständigkeitsbereich gehören eine Berufsfeuerwehr (Brandenburg an der Havel), zwei hauptamtliche Feuerwehren (Teltow, Luckenwalde), eine Bundeswehrfeuerwehr (Truppenübungsplatz Lehnin), eine Werkfeuerwehr (Ludwigsfelde) und mehr als 30 Gemeinde- bzw. Amtswehren der Freiwilligen Feuerwehr mit mehr als 300 Ortswehren. Mit einem Versorgungsbereich von 4.914 km² und einer halben Millionen Einwohner ist die Regionalleitstelle für die Landkreise Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel zuständig. Seit 2009 arbeitet die Regionalleitstelle in den derzeitigen Strukturen zunächst bis zum 31.12.2018 und dann durch automatische Verlängerung des Vertrages um jeweils vier Jahre. Durch die jetzt ergriffene Kündigungsoption zwei Jahre vor dem Vertragsende, könnte der Regionalleitstelle in der derzeitigen Form so das Aus zum 31.12.2022 drohen und dadurch den Leitstellenstandort selbst in Frage gestellt werden. Eine Entwicklung, die es im Interesse der Stadt Brandenburg und der beiden Landkreise abzuwenden gilt.

Mit freundlichen Grüßen




Carsten E. P. Eichmüller



Werner Jumpertz



Dr. Ralf Krombholz



René Kretzschmar